

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Vertriebsstelle: Drag 11, Vratislava 15 • Teleph. 1. 20793, 31469, Nachredaktion, (ab 11 Uhr): 33555 • Postamt: 57544

12. Jahrgang.

Mittwoch, 6. April 1932

Nr. 82.

Von der Steuermoral.

Der Staat sind sie. Seine Rechtsordnung trägt das Gepräge ihres egoistischen Klassengeistes, sie wissen zu ihrem Vorteil von ihr rechtslos Gebrauch zu machen und sie hat gemäß ihren Begriffen in erster und letzter Linie dem Schutze und der Verteidigung ihrer Besitzinteressen zu dienen. Die Gerechtigkeit, die Polizei, die Berechtigung und Notwendigkeit der Erhaltung der gesamten Staatsmaschinerie sehen sie allein darin gegeben, daß sie der Verwahrung der „öffentlichen Ruhe und Ordnung“, auf der ihre Lebensgrundlage, ihre Besitzverhältnisse und ihre Profitmöglichkeiten beruhen, untertan ist. Auch unmittelbar materiell verstehen es die Besitzklassen den Staat weidlich auszunutzen. Er hat notleidende und verachtete Klassen zu honieren, gewisse Unternehmungskreise durch Zölle, Prämien, Subventionen zu unterstützen, von den Vorteilen, welche diese Schichten und ihre Befolgsmänner durch Zuschussung hoher und höchster Staatsämter sich sichern, gar nicht zu reden. Wo es Einfluß zu üben und wo es zu nehmen gilt, sind sie oben auf — ungleich zurückhaltender sind sie, wenn es für den Staat, für eben denselben Staat, dem sie alle Vorteile, ihre Existenz und ihre Macht über die anderen Klassen der Gesellschaft zu danken haben, Opfer bringen heißt. Zahlen, etwas von der Behaglichkeit ihrer Lebensgewohnheiten, von ihrem Luxus, der heute größer und herausfordernder ist als je, hinzugeben — nein, zu zahlen überlassen sie am liebsten den anderen. Das war schon früher so und stets nüchtern die Besitzenden ihre politische Macht so an, daß bei der Lastenverteilung ein möglichst geringer Bruchteil auf sie entfiel, den sie übrigens auf andere Weise den Staatskassen wieder abzulassen verstanden. Seitdem aber durch Krieg, staatlichen Umsturz und Vermögensumschichtung eine neue Bourgeoisie emporgestiegen ist, hat diese Abneigung geradezu die Form einer Sabotage der Staatskassen angenommen und die Steuermoral ist auf den Nullpunkt gesunken.

Der Staat ist in finanzieller Bedrängnis. Infolge der schweren Wirtschaftskrise sind seine Ausgaben gestiegen, seine Einnahmen gesunken. Große Massen sind arbeitslos, sind auf lange Unterstützungen angewiesen, die kaum zur Fröhen des nackten Lebens reichen, Millionen bringen weit weniger, oft kaum die Hälfte ihres früheren Einkommens ins Verdienen, Handel und Verkehr sind gedrosselt, die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung ist ersparend verringert, damit sind auch die Einnahmen des Staates aus verschiedenen indirekten Steuerquellen, wie es die Warenumschlagsteuer ist, wesentlich kleiner geworden, verringert haben sich aber auch seine Einnahmen an Zöllen, bei der Post und den Eisenbahnen und für die Unternehmer bietet die Krise die Veranlassung, bei der Zahlung der direkten Steuern noch lässiger und vielfach auch gewissenloser vorzugehen, als es schon früher Brauch war. Der Finanzminister fordert also zur Vermeidung eines großen Defizites im Staatshaushalt neue Steuern und immer wieder will er die Rettung nur in indirekten Steuern erblicken, wobei ihm allerdings der Hinweis auf die Steuerreform des Bürgerblocks als Rechtfertigung dient. Tatsächlich hat es diese nach dem früheren Finanzminister Dr. Englis zurückgelassene unglückselige Erbschaft bewirkt, daß der Staat finanziell ungerüstet in die Krisenjahre gehen mußte. Anstatt vorzusehen, wurde unter dem Druck der Bürgerregierung, deren williger Helfer Englis zu sein sich bemühte, eine Steuerreform beschlossen, die in der Zeit der besten Konjunktur, welche die Republik seit ihrem Bestehen durchlebte, den ohnehin schwer verdienenden Banken und Großunternehmern durch Steuerermäßigungen Kleingewinnern machte, angeblich um die Unternehmungs-freundlichkeit der Kapitalisten anzuspornen.

Unsere Aufgaben in dieser Zeit.

Eine Rede des Ministers Dr. Czech.

Auf der Berliner Konferenz der Kreisorganisation Teplitz-Saaz hielt am Sonntag Genosse Dr. Czech eine Rede, in der er zu den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Zeitfragen Stellung nahm, die Aufgaben der Partei formulierte und die er zu einer ebenso glänzenden wie unerbittlichen Abrechnung mit der von den bürgerlichen Parteien und den extremistischen Demagogen von links und rechts betriebenen Hege gestaltete. Er führte u. a. aus:

Als die Vertrauensmänner unserer Bewegung im Jänner des Jahres in der Reichsausgangstagung über den Krisennotstand berieten, waren wir uns bereits über den Charakter der Krise und ihre Dauer vollkommen im klaren und wußten, daß ihr Höhepunkt leider noch nicht überschritten ist. Die weitere Entwicklung hat uns recht gegeben. Sowohl im internationalen Maßstabe, als auch in unserem Lande hat sich die wirtschaftliche Lage außerordentlich verschlechtert. Der Produktionsprozess hat in allen Staaten eine weitere wesentliche Schrumpfung erfahren. Ganze Wirtschaftszweige, besonders jene, die auf den Export angewiesen sind, wurden brockgelegt. Die

Konjunktur ist förmlich zum Normalzustand der industriellen Erzeugung geworden. Die Arbeitslosigkeit ist lawinenhaft angewachsen. Sie hat, nach den Meldungen des Internationalen Arbeitsamtes, annähernd 20 Millionen Menschen ergriffen und auch in unserem Lande einen gewaltigen Aufschwung erfahren. Wir hatten im Dezember vorigen Jahres 186.363 Arbeitslose. Ende Februar, also um 2 Monate später, schon bereits 625.995. Die Arbeitslosigkeit ist also in dieser kurzen Spannezeit um 30 Prozent gestiegen. Auch im März hat die Beschäftigung in der Industrie keine Besserung erfahren. Die ganze Tragik der Situation wird dadurch charakterisiert, daß wir im Februar 1929 55.224 Arbeitslose, im Februar 1932 dagegen 625.995 hatten, so daß wir im heurigen Jahre eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, der annähernd 20 Prozent der Erwerbstätigen verfallen sind. Schlägt man den Kreis der Familienangehörigen dazu, dann sieht man erst, wieviel gewaltiger Teil der Bevölkerung unseres Landes von den Auswirkungen der Krise betroffen erscheint.

Jeder ABC-Schütze der Nationalökonomie mußte wissen, daß den fetten Jahren, in denen die Arbeiter übrigens an dem reichen Geldregen fast gar keinen Anteil hatten und der zur Gänze in die Kassen der kapitalistischen Wirtschaft floß, in absehbarer Zeit wieder magere folgen werden und daß es für diese Zeiten vorzusehen heißt. Das durch diese großzügigen Geschenke von den Kapitalisten „erspart“ Geld wurde nutzlos verthan, diente ihrem gesteigerten Luxusbedürfnis oder wurde zu sinnlosen und übertriebenen Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen investiert und so zur Überkapitalisierung und Verschleppung der Krise verwendet. Einer der Gründe, der als Motiv dieser sogenannten Steuerreform angeführt wurde, war das angebliche Bestreben, die Steuermoral zu bessern. Während man aber bei den Arbeitern und Angestellten die Verfügung traf, daß ihnen die Steuern unmittelbar vom Lohne oder Gehalte in Abzug zu bringen seien, blieb es den Unternehmern und Bauherren freigestellt, mit mehr oder weniger Gewissenhaftigkeit zu zahlen, Bücher und Bilanzen zu fälschen und Steuern zu unterschlagen. So hat sich diese Aktion zur angeblichen Hebung der Steuermoral der Besitzenden ausgewirkt, daß der Finanzminister von Steuerrückständen in der Gesamthöhe von 4790 Millionen Kronen zu berichten weiß. Fast fünf Milliarden nicht gezahlte Steuern — das ist aber nicht die einzige Leistung des Bürgertums aller Nationen, es kommen dazu noch rund zwei Milliarden Kronen, welche sie den Selbstverwaltungskörpern

schuldig liegen die Dinge im Weltmaßstabe. Der internationale Warenaustausch hat beinahe vollständig aufgehört. Soweit weltwirtschaftliche Zusammenhänge noch bestanden, sind sie zum Teil auf das Schwerste unterbrochen, zum Teil vollständig zerrissen worden. Die nach kapitalistischen Weisheiten durchgeführte Kurpfuscherei hat — und das ist die größte Tragik dieser Krise — den Krankheitsprozess der Wirtschaft, die zu heilen die kapitalistischen Wirtschaftsführer ausjagen, nur noch verschlimmert. Die Grippeepidemie hat weiter um sich gegriffen. Soweit die hohen Zollmauern den internationalen Handel noch nicht unterbrochen hatten, wurden durch Einfuhrverbote alle Zugänge zu den einzelnen Staaten fast vollständig abgeschlossen und zuletzt durch die Devisenbewirtschaftung, die in einer ganzen Reihe von Staaten begonnen und allen anderen ausgeglichen wurde, die vollständige Abschließung der Wirtschaft der einzelnen Länder vollendet. Die natürliche Folge war eine schwere Geld- und Vertrauenskrise, deren Auswirkungen einige der europäischen Staaten unmittelbar vor die Gefahr des finanziellen Bankrotts stellt.

Das sich unter solchen Verhältnissen die internationale politische Situation verschlechtert, die Unsicherheit in Europa mit jedem Tage wächst und die bolschewistischen Elemente, für deren Uebelwollen Massenelend und Krisen den richtigen Nährboden bilden, und der Faschismus an Boden gewinnt, muß nicht erst gesagt werden. So wird es selbstverständlich, daß im Hinblick der internationalen Politik der Vordruck nach rechts unumkehrbar zulage tritt. In England sind die Konservativen am Ruder. In Frankreich ist Laval, der härteste Exponent der Reichtsparteien, an der Macht. In Deutschland haben wir ein ausgesprochenes Bürgerregime, das von der faschistischen Plutokratie bedrängt wird. In Italien, Polen, Ungarn haben wir ausgeprägte faschistische Diktaturen. Erstenscheinweise fehlt es aber auch nicht an Anzeichen, daß in den Völkern Europas genügend demokratischer Wille vorhanden ist, daß in ihnen noch Kräfte lebendig sind, um die Demokratie gegen den Ansturm der internationalen Reaktion zu verteidigen. Dies hat die Präsidentschaftswahl in Deutschland gezeigt, dies wird auch der kommende zweite Wahlgang erweisen. Dies behauptet der vollständige Zusammenbruch der Heimwehrbewegung, die von

der österreichischen Arbeiterbewegung zur Strecke gebracht wurde. Dies zeigt der Zusammenbruch der diversen Diktaturen in den kleinen Staaten, aber auch nicht minder der gewaltige Umschwung der Verhältnisse in Spanien. Dies werden auch — das ist unsere große Hoffnung — die in diesem Monate stattfindenden Wahlen in Frankreich, in Deutschland und Österreich bestätigen, denen weit über die Grenzen dieser Länder eine ganz besondere internationale Bedeutung zukommt. Es ist also in den Völkern Europas noch genügend Abwehr vorhanden.

Trotzdem dürfen wir, um uns nicht selbst irgendwelchen Illusionen hinzugeben, nicht übersehen, daß

die Krise immer gegen die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung auswirkt

und daß wir daher alle Kräfte anspannen müssen, um uns des Ansturms der nationalistischen Bourgeoisie und des von ihr alimentierten Faschismus, aber auch des Anstiehs aller Krisen, des Bolschewismus, zu erwehren. Was wir hier erleben, ist durchaus keine Keimreinigung. Eine der größten Krisen war die schwere Krise des Jahres 1873. Sie hatte, da sie mit großer Wucht einbrach, und die Menschheit erbarmungslos traf, viele charakteristische Merkmale der heutigen Krise. Wie die heutige Krise, war sie auch von einer schweren Agrarkrise begleitet. Ihre vermalenden Wirkungen lebten sich vor allem gegen die Arbeiterklasse. Sie traf die Arbeiterbewegung ins Herz und hatte nicht nur eine Zerschmetterung der Faktionen der Arbeiterbewegung, sondern auch ihre schwere Spaltung im Gefolge. Es gab, wie Julius Deutsch in seiner Geschichte der Gewerkschaftsbewegung schrieb, kurz nach Ausbruch der Krise keine Arbeiterbewegung mehr. Die Vereine waren zerfallen, die Kräfte zerschmettert, der ganze Körper der Bewegung ein Trümmerhaufen. Als aber nach der langen Dauer der Krise die Wirtschaft eine Wendung zum Besseren verzeichnete, da begannen wieder die Kräfte der Arbeiterbewegung zu wachsen, denn die Krise hatte wohl die Organisationen der Arbeiter vernichtet und ihre Geschlossenheit zerstört, aber sie hat sie revolutioniert, ihr Klassenbewußtsein geweckt und sie wieder in die Reihen der Sozialdemokratie zurückgeführt.

Allerdings kann sich, was sich im Jahre 1873

zutragen hat, heute in dieser Form nicht mehr

aller möglichen Kräfte in stets steigendem Maße das Fehlen von Steuern einstellt.

Es ist nun sicher sehr bequem und erfordert nicht viel Kopfzerbrechen, zur Verstopfung des Loches im Staatshaushalt einfach wieder nach indirekten Steuern zu greifen, wie es Absicht ist und der Grundbesitzersteuer, sowie der aus der Nachvollkommenheit des Finanzministeriums durchgeführten Tabakpreiserhöhung auch noch die Erhöhung der Biersteuer und der Umsatzsteuer anfügen zu wollen. Aber man vergesse nicht, wie bei aller Bereitwilligkeit, zur Vermeidung einer finanziellen Katastrophe beizutragen, es aufreizend wirken muß, wenn der Egoismus der Besitzenden sich nach Herzenslust ausleben darf, wenn die politischen Vertreter der Besitzklassen gegen die armeligen Großen, die den Opfern der Wirtschaftskrise gewährt werden, eine gewissenlose, niedrige und gemeine Hege einsetzt wird, während gleichzeitig die Lumperei Orgien feiert und der Staat um Milliarden bepaunert wird. Umsatzsteuer — wo ist die Garantie dafür zu suchen, daß die höheren Preise, welche die Konsumenten für alle Waren zu zahlen haben würden, nicht wieder in den Taschen notorischer Straßendiebent verschwinden? Es gibt ein Maß von Zuminungen, das auch bei aller Bedrängnis des Staates nicht überschritten werden darf. Die Opfer, die der werktätigen und konsumierenden Bevölkerung zugemutet werden, doppelt schwer in dieser Notzeit, können nur dann einigermaßen verständlich erscheinen, wenn ihnen entsprechende Opfer der Besitzenden gegenüberstehen.

schuldig geblieben sind, ohne daß der Staat bisher Kraft und Energie aufgebracht hätte, die Defraudanten zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Gesamtheit zu zwingen. Es kommt vor, daß gelegentlich gegen einen in Not geratenen kleinen Gewerksmann oder kleinen Landwirt die Staatsmacht mit aller Strenge einschreitet, die Großen zahlen nicht, weil sie ihre gestohlene Beute rechtzeitig in Sicherheit zu bringen verstanden haben, oder weil sie die Läden und Ausgänge des Gesetzes kennen und es verstehen, der Steuerbehörde ein Schnippchen zu schlagen.

Gewiß, es gibt unter den Steuerschuldnern auch solche, die durch die Krise schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden und faktisch außerstande sind, ihre Steuerpflichtungen zu erfüllen. Vielfach, ja der Mehrzahl nach ist es aber gewissenloser Betrug am Staate, der da verübt wird. Stammt doch ein Großteil der Steuerrückstände aus einer Zeit, wo die heutigen Schuldner infolge des günstigen Geschäftsganges durchaus in der Lage gewesen wären, zu zahlen. Ein weiterer Beweis für die fraudulose Absicht liegt darin, daß sich unter den sieben Milliarden nichtgezahlter Steuern einhalb Milliarden Umsatzsteuer befinden, also Gelder, welche von den Käufern gezahlt und von den Unternehmern direkt unterschlagen wurden. Es gibt heute Tausende und Abertausende, die sich das Steuergeld gänzlich abgewöhnt haben und vor diesem Zustand als natürlich und aus den Krisenverhältnissen gegeben ansehen wollen, der möge sich gefälligst den aufreizenden Luxus der Angehörigen ihrer Klasse ansehen, die unter Anwendung

auch die Arbeitgeber für die Arbeitslosenfürsorge Opfer

bringen. Unter den europäischen Industriestaaten ist unser Land das einzige, in welchem die Arbeitgeber nichts zur Unterstützung der Arbeitslosen beitragen. Statt dessen rufen sie nach der 'Kontrollen', in der Hoffnung, damit die Kaufkraft der nichtsozialistischen Massen nicht von den Verpflichtungen der Unternehmer ablenken zu können.

Das Bürgertum in diesem Kampfe von den Kommunisten und Parteien unterdrückt

wird, die uns für die Krise verantwortlich machen, aber dort, wo sie an der Macht sind, der Krise mit verschärfenden Mitteln gegenüberstehen und sie durch ihre Maßnahmen nur verschlimmern.

Ein Wort zum Bergarbeiterstreik

zu sagen. Es ist unerhörtes, welches Spiel Kommunisten und Parteien mit den Bergarbeitern treiben. Statt sich mit den Grubenherren auszuweichen, langwierig die ganze Macht ihres Angriffes auf die Bekämpfung der sozialdemokratischen Parteien.

Es ist natürlich - wie immer - der Herr Dr. Ba cher, der sich zu Worte meldet. Er ist bei der Beratung des Bankengesetzes der getreue Eckstein der Banken gewesen, er hat, als Richter über ein Kartellgesetz aufzutreten, die Kartellgewinne als nationales Heiligum des deutschen Volkes erklärt und er reitet auch jetzt eine Axt für die Bergherren, indem er erklärt, daß eine Verstaatlichung der Bergwerke ein Schaden für das Deutschland wäre, wobei er offensichtlich jeden Unterschied zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung übersehen.

Wer sind denn die deutschen Grubenbesitzer, für welche sich der Abgeordnete der Arbeit- und Wirtschaftsgemeinschaft in frantem Verein mit den Mannen der Herren Spina, Bierhut und Sella einsetzt? Haben die Grubenbesitzer wirklich so viel für das deutsche Volk getan, daß sie ein festes Bollwerk des deutschen Volkes geworden sind, für die man beten müsse, der liebe Gott möge sie beschützen und erhalten.

Keine Frau Morgana vorgemacht,

sondern immer aufgezeigt, daß die Grenzen ihrer Wirksamkeit eng gezogen sind, daß sie aber im Rahmen dieser Grenzen ihre Pflicht der Arbeiterklasse gegenüber in vollem Maße zu erfüllen entschlossen sind.

mit unserer Arbeit vor dem Urteil der Arbeiterklasse bestehen.

Sie haben die Erregungen der Arbeiterklasse verstanden und sie, soweit es die Lebensverhältnisse erlaubten, ausgelebt. Wir haben uns, so oft es um die Interessen der Arbeiterklasse ging, gemeinsam mit den tschechischen Genossen schützend vor die Arbeiterklasse gestellt.

Hauptfrage, daß wir untereinander einig und geschlossen

sind und daß unser Treiben mit den tschechischen Genossen als lebendige Kraft weiter ungetrübt fortwirke. Gemeinsam werden wir unserem gemeinsamen Ziel um so kräftigere Schläge versetzen können.

Wir stehen vor überaus schwierigen Aufgaben. In dieser Stunde ist es die Hauptfrage, daß wir untereinander einig und geschlossen sind und daß unser Treiben mit den tschechischen Genossen als lebendige Kraft weiter ungetrübt fortwirke.

Wir stehen vor überaus schwierigen Aufgaben. In dieser Stunde ist es die Hauptfrage, daß wir untereinander einig und geschlossen sind und daß unser Treiben mit den tschechischen Genossen als lebendige Kraft weiter ungetrübt fortwirke.

Wir stehen vor überaus schwierigen Aufgaben. In dieser Stunde ist es die Hauptfrage, daß wir untereinander einig und geschlossen sind und daß unser Treiben mit den tschechischen Genossen als lebendige Kraft weiter ungetrübt fortwirke.

Wir stehen vor überaus schwierigen Aufgaben. In dieser Stunde ist es die Hauptfrage, daß wir untereinander einig und geschlossen sind und daß unser Treiben mit den tschechischen Genossen als lebendige Kraft weiter ungetrübt fortwirke.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Deutschbürgerlichen für die Grubenbarone.

Im nordböhmischen Braunkohlenrevier sind wir Zeugen eines Verwerfungsausbruches der Massen. Ohne Rücksicht auf die Notlage der Grubenarbeiter haben die Grubenunternehmer durch Kündigungen von Arbeitern die Situation noch verschärft.

In diesem Augenblick finden die rücksichtslosen Bergherren einen Bundesgenossen - was denn anders als unter den deutschbürgerlichen Parteien und in der deutschbürgerlichen Presse. Es ist natürlich - wie immer - der Herr Dr. Ba cher, der sich zu Worte meldet.

die 'Deutsche Landpost', die glaubt, daß wenn die tschechischen Agrarier die Schutztruppe der Hausbesitzer sind, die deutschen Agrarier die Leibgarde der Grubenbarone sein können.

Die deutschen Bergherren haben Nordböhmen mehr tschechisiert als alle Behörden und tschechischen Parteien zusammen.

Die deutschen Bergherren haben Nordböhmen mehr tschechisiert als alle Behörden und tschechischen Parteien zusammen.

Aber sie haben nicht nur das getan. Sie waren jahrelang bestrebt, die Arbeiterbewegung, welche die Erhöhung der Lebenslage der Arbeiter zum Zweck hat, mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Brbeniŝy im nordwestböhmisches Revier.

Dr. Brbeniŝy, der ehemalige anarchistische Unterführer unter der glorievollen Führung Bohreize, macht sich im nordwestböhmisches Revier wieder breit.

Minister Brbeniŝy hat dem nordwestböhmisches Braunkohlenrevier in bezug auf seine Ausfuhr nach Deutschland den allergrößten Schaden zugefügt.

Minister Brbeniŝy hat gegen die Fetschels und Weinmanns nichts unternommen. Minister Brbeniŝy hat dagegen wiederholt auf die Bergarbeiter eingewirkt, seine Forderungen zu stellen und als der Minister Brbeniŝy diese seine Zustimmung bei den Führern der koalitierten Bergarbeiterverbände nicht andringen konnte, hat er sich erdösigt gemacht, an einer Betriebsrätekonferenz in Brüx teilzunehmen.

So geschah es. Der Herr Arbeitsminister Brbeniŝy hatte das erste Referat. Rein Führer der Bergarbeiter hat dazu gesprochen, aber die Delegierten, besonders die Brüder von der Dübrenen, standen nacheinander auf und sagten:

'Bruder Minister, wir verstehen dich nicht mehr. Du hast immer uns erklärt, daß der Reichtum der Fetschels und Weinmann aus unserer Arbeit entspringt und jetzt erklärst du uns, daß die Lohnforderungen nicht bewilligt werden können.'

Arbeitslose Glasarbeiter führen im Teplitzer Gebiet den Bergarbeiterstreik.

Es ist eine Tatsache, daß arbeitslose Glasarbeiter von allem Anfang an im Teplitzer Gebiet als Führer des Bergarbeiterstreikes fungierten. Die Streikleitung für das Teplitzer Gebiet befindet sich in Teplitz, Grüne Ringgasse, im 'Waldhaus zum schwarzen Röh'.

Die Vorsitzenden und Köpfe dieser Gebietsstreikleitung sind keine Bergarbeiter, sondern die beiden arbeitslosen Glasarbeiter Rubin

Bergwerkstatistiken bis in die jüngste Zeit auf dem Gewissen und damit das qualvolle Sterben hundert deutscher Menschen. Sie haben in den letzten Jahren die Nationalisierung ausgenutzt, um ihre Gewinne zu erhöhen und das Arbeitereinkommen zu kürzen.

Und die Grubenbesitzer, für die die deutschbürgerliche Presse sich einsetzt, was hatten diese von der Entwicklung der letzten Jahre? Ganz einfach: höhere Gewinne.

Die Berg- und Hüttengesellschaft wies 1925 einen Reingewinn von 21 Millionen, 1930 aber einen solchen von über 46 Millionen K $\text{\$}$ auf.

Sollen diese Millionen weiter privaten Besitzern zufließen, damit diese ein märchenhaftes Leben führen können, während rings um sie Hunger und Elend ins Grauenhafte wachsen

oder soll nicht die Allgemeinheit Besitzerin und Nutznießerin der Schätze werden, welche die Bergarbeiter unter Gefahr ihres Lebens aus der Tiefe fördern.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Für die Verstaatlichung der Bergwerke.

Ein Auktus der Bergarbeiter-Internationale. Brüssel, 5. April. Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Für die Verstaatlichung der Bergwerke.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Der internationale Arbeitsausschuh der Bergarbeiter, der in Brüssel eine Tagung abhält, hat heute in Anbetracht der außerordentlich ernsten Lage im Kohlenbergbau beschlossen, eine Kundgebung an die Bergarbeiter aller Länder zu richten.

Die Brücker Kundgebung in vollster Ruhe verlaufen.

Brüx, 5. April. Heute nachmittags fand die von den Kommunisten und Parteien eingesetzte Massenkundgebung in Brüx statt. Die Kommunisten riefen die Bergarbeiter und Arbeitslosen von Aussen bis Kaaden auf, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Die Kundgebung in Brüx fand auf sämtlichen drei Plätzen statt. Es sprachen der Nationalsozialist Prose und die Kommunisten Brdeniŝy, Malik und Kojek.

Die Behörden hatten zu dieser Kundgebung umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen, doch verliefen sämtliche Versammlungen in voller Ruhe.

Rat Dr. Heyl beim Revierbergamt in Brüx entlassen. Rat Dr. Heyl vom Revierbergamt in Brüx wurde in den letzten Tagen disziplinarisch entlassen.

Rat Dr. Heyl vom Revierbergamt in Brüx wurde in den letzten Tagen disziplinarisch entlassen. Dieser Herr hat als Vertreter des Revierbergamtes Brüx bei einer Unterhandlung wegen Entlassungen am Revisionsrat in Pfla in der Sitzung des Revisionsrates jedenzeit an Sitzungen des Betriebsrates teilzunehmen das Recht hat.

Der Herr weiß wahrscheinlich überhaupt nicht, daß der Betriebsrat die Ladung von Organisationsvertretern auf Grund des Gesetzes beschließen kann, und meint noch weniger zu wissen, daß der Vertreter des Revisionsrates jederzeit an Sitzungen des Betriebsrates teilzunehmen das Recht hat.

Er hat kurz und bündig den Betriebsleiter zweimal aufgefordert, von seinem 'Hansherrenrecht' Gebrauch zu machen.

Darauf haben die Betriebsratsmitglieder die Verhandlungen abgelehnt und abgebrochen und sind in Begleitung von 400 Mann der Belegschaft zum Protest gegen diese provokatorische Ablehnung zur Bezirksbehörde nach Dux gezogen.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

Die deutschbürgerlichen Parteien schwanzen nicht bei dieser Entscheidung. Ihr Herz schlägt für die Grubenbarone, für deren Gewinne, für die weitere Ausbeutung der Arbeiter.

